

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.

zu 1. Wie können Sie diese Entscheidung entgegen den Verfassungszielen vertreten?

DIE LINKE ist zur Zeit nicht im Stuttgarter Landtag vertreten, hatte also an den Entscheidungen der vergangenen Legislaturperiode keinen Anteil.

Grundsätzlich tritt die Linke aber für eine Strukturpolitik ein, die gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zum Ziel setzt.

zu 2. Wie werden Sie in der Zukunft bei der Verteilung der Steuereinnahmen gerechter verfahren?

Die Partei DIE LINKE sieht vor allem große Defizite bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen. Wir wollen die Kommunen für ihre vielfältigen Aufgaben besser aufstellen und dafür sorgen, dass diesen die nötigen Mittel bereitstehen. Wir wollen deshalb unter anderem die Haushaltssperren abschaffen, die Schuldenbremse in der Landesverfassung streichen und das Konnexitätsprinzip überall umsetzen. Der Kommunale Finanzausgleich muss so umgestaltet werden, dass überall gleiche Lebensbedingungen hergestellt werden können.

zu 3. Welche Pläne haben Sie, um diese aufgezeigten Schieflagen zu beheben?

DIE LINKE setzt sich für Transparenz beim Einsatz von Fördermitteln ein und will kulturelle Vielfalt schützen. Dazu gehört auch, dass Kulturprojekte in allen Sparten gefördert werden und Kulturförderung insgesamt nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert wird.

Die Majolika ist ein Kunst- und Kulturgut, welches vor allem in der Region Karlsruhe einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung hat. Den Erhalt und die Absicherung der Majolika unterstützen wir.

zu 4. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die Trinationale Metropolregion Oberrhein zu stärken?

Die Partei DIE LINKE unterstützt in den Gremien, in denen sie vertreten ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sei es auf kommunaler Ebene oder auf Bundesebene und sicherlich ab dem 14. März auch auf Landesebene. Wir sehen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gute Möglichkeiten z.B. den Zukunftsprozess Fessenheim mit zu gestalten.

zu 5. Sind Sie bereit, sich für den dringend erforderlichen Ausbau des Öffentlichen Schienenverkehrs und des Radverkehrsnetzes am Rhein einzusetzen?

Ja, die Partei DIE LINKE, fordert einen Ausbau der Bahnverbindungen und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, darüber hinaus unterstützen wir die Wiedereinführung der Bahnverbindung Freiburg-Colmar und die von Ihnen genannte Bahnverbindung. ÖPNV soll in ganz Baden-Württemberg perspektivisch ticketlos werden, bis dahin fordern wir ein landesweites Sozialticket.

DIE LINKE setzt sich für den massiven Ausbau des Radwegenetzes ein.

zu 6.1 Wie gedenken Sie diese Schieflage in der Finanzierung zu ändern?

DIE LINKE möchte, dass alle Hochschulen in Baden-Württemberg mit Hinsicht auf ihren

individuellen Bedarf finanziert und gefördert werden. So muss auch der Minderzuschuss ausgeglichen werden, insbesondere, da hierdurch eine Bedarfsunterfinanzierung entstanden ist.

zu 6.2 Wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und insbesondere im trinationalen Oberrheingebiet in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik unterstützen?

Die LINKE setzt sich für eine öffentliche Forschung zu regenerativen Energieträgern und Umwelttechnik ein, gleichermaßen spricht sie sich für eine gemeinwohlorientierte KI-Entwicklung und Medizintechnologie aus. Diese Gebiete müssen mit einer Forschung zur Technologiefolgenabschätzung begleitet werden. So gehört zu einer stabilen ethischen Basis für den sinnstiftenden Einsatz von beispielsweise KI unter anderem Transparenz, Diskriminierungsfreiheit, Verbraucherschutz und die Einhaltung der Menschenrechte. Eine Förderung der genannten Forschungsgebiete im bezeichneten Sinne durch Forschungsprogramme auch im trinationalen Rahmen (z. B. Eucor) sind für DIE LINKE denkbar.

zu 6.3 Innovationen werden zu 50% durch Software realisiert. Wie wollen Sie insbesondere die Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik fördern?

Die Partei DIE LINKE will regionale Innovationsagenturen und Beratungsstellen etablieren, um den Austausch zwischen Unternehmen zu fördern und die Wissenschaft einzubeziehen. Über ein Innovationsnetzwerk kann eine gemeinsame Grundlagenforschung im Sinn eines „Open Innovation“-Ansatzes von kleinen und mittleren Unternehmen erfolgen, deren Ergebnisse allen Beteiligten zur Verfügung steht. Finanzmittel sollen auf Innovations- und Forschungsnetzwerke fokussiert werden, statt einzelne Betriebe zu fördern. Wir wollen außerdem in Unternehmen stärker Themen wie demokratische Mitbestimmung, gute Arbeitsplätze oder ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen. Daher wollen wir über eine finanzielle Förderung die Einrichtung von Beratungsstellen zur Gemeinwohlbilanzierung von privaten Unternehmen in den Kommunen vorantreiben.

zu 6.4 Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und wie unterstützen Sie die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung, insbesondere an den Forschungseinrichtungen wie dem Karlsruher Institut für Technologie?

Eine finanzielle und konzeptionelle Kooperation mit der Wirtschaft kann wichtige Impulse für anwendungsorientierte Forschung und die Regionalentwicklung geben. Sie darf aber nicht öffentlich diskutierte und gesetzte Ziele der Wissenschaftsentwicklung ersetzen.

Die LINKE setzt sich für eine unabhängige Forschung ein. Diese kann zukunftsweisende Analysen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung liefern und sich auch Fragestellungen jenseits ihrer finanziellen Rentabilität annehmen. Wir setzen uns deshalb für einen hohen Anteil grundfinanzierter Forschung ein. Für die themengebundene Förderung halten wir die Schaffung von qualitativen Leitbildern für notwendig, die die Bewältigung von sozialen und ökologischen Problemen ins Zentrum der Forschung rücken. Hier sollte das Ziel einer Transformation unserer Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit im Zentrum der Forschungsförderung stehen.

zu 7. Historische Lernorte und Gedenkstätten

Wir beantworten 7.1 und 7.2 gemeinsam, da die Partei DIE LINKE zwar die Forderungen der Bürger:innen und der Überlebendenorganisationen nach einer Gedenkstätte in Kislau oder auch nach einer NS-Gedenkstätte in Freiburg unterstützt haben bzw. mit aufgestellt hat, aber leider auf Landesebene an den Entscheidungen nicht beteiligt waren.

DIE LINKE tritt für eine lebendige und aktive Erinnerungskultur ein, die Verbrechen des NS-Terrors dürfen nicht vergessen werden. In diesem Sinne setzen wir uns auch für eine ausfinanzierte Gedenkstätten als Dokumentations- und Lernorte ein. Alle Projekte die sich dies zum Ziel setzen, finden unsere Unterstützung. Wir sehen nach wie vor große Defizite, vor allem bei weniger prominenten Projekten, die oft mit nur unzureichenden Mitteln ausgestattet werden.